

LIBERAL .NRW

04
20

QUO VADIS AMERIKA?

NEUE CHANCEN FÜR
DIE TRANSATLANTISCHE
PARTNERSCHAFT

Das FDP-Magazin von Partei und Fraktion in Nordrhein-Westfalen

Corona

Vom Krisenmanagement
zum Risikomanagement

Umgang mit der Pandemie

Joachim Stamp im Gespräch
zu Corona

Bildung

Digitalisierung an Schulen
kommt voran

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2020 hat die Bürgerinnen und Bürger wie die Politik mit der globalen Corona-Pandemie vor außergewöhnliche Herausforderungen gestellt. Und auch im neuen Jahr wird die Politik noch viel leisten müssen, um die Massenerkrankungen zu realisieren, mittelfristig einen Alltag mit Corona zu ermöglichen und um die Corona-Folgen in Wirtschaft und Gesellschaft zu beheben.

Beim 1. Lockdown sind die Soforthilfen für die Wirtschaft sehr schnell abrufbar gewesen – auch weil NRW hier ein sehr gutes digitales Verfahren etabliert hat. Im Herbst allerdings hat der Bund bei den Novemberhilfen zu lange gebraucht, bis diejenigen, die ihre Unternehmen schließen mussten oder ihren Beruf nicht ausüben durften, eine Entschädigung erhalten haben.

Die FDP hat die im Herbst ergriffenen Maßnahmen zum Lockdown im Detail kritisiert. Denn wir haben große Wertschätzung für die Arbeit der Kulturbetriebe, Sporteinrichtungen und Unternehmen, die ausgeklügelte Hygienekonzepte entwickelt haben. Und wir haben großes Vertrauen in die Wirksamkeit dieser Konzepte. Deswegen muss es hier eine Öffnungsperspektive geben. Zudem konnten wir durch unsere deutlich artikulierte Kritik einige noch weitergehende Einschnitte verhindern, die vom Bund und anderen Ländern vorgeschlagen wurden, beispielsweise den dauerhaften Eingriff in die Unverletzbarkeit der Wohnung (Markus Söder) oder verschärfte Quadratmeterregeln für den gesamten Einzelhandel (Helge Braun), die das Aus für kleine inhabergeführte Geschäfte gewesen wären.

Der Lockdown in Sport, Gastronomie und Kultur war notwendig, um die Schulen und Kitas offen halten und zugleich den massiven Anstieg der Infektionszahlen und damit die Belegung der Intensivbetten bremsen zu können. Für die nächsten Monate brauchen wir längerfristige Strategien, denn der Wechsel von Öffnung und Lockdown ist für unsere Wirtschaft und die Gesellschaft nicht dauerhaft zu leisten. Zudem wollen wir auch weiter an den Zukunftsthemen arbeiten – die Pandemie hat uns nochmal vor Augen geführt, wie notwendig Digitalisierung, ein leistungsfähiges Gesundheitssystem und eine starke Wirtschaft sind.

Dabei sind wir weiterhin auf Ihre Anregungen angewiesen und freuen uns auf den Dialog.

Ihr

Christof Rasche

christof-rasche.defacebook.com/christofraschetwitter.com/chris_raschechristof.rasche**CHRISTOF RASCHE**Vorsitzender der
FDP-Landtagsfraktion**IMPRESSUM****Herausgeber:**FDP-Landesverband NRW und
FDP-Landtagsfraktion NRW**Redaktion:**verantwortlich für Inhalt und Seiten des
Landesverbandes: Mirco Rolf-Seiffert;
verantwortlich für Inhalt und Seiten der
Landtagsfraktion: Nadja Kremser**Anschrift der Redaktion:**FDP NRW, Wolfgang-Döring-Haus,
Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf,
nrw@fdp.de;
FDP-Landtagsfraktion NRW,
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
fdp-fraktion@landtag.nrw.de**Verlag:**

Liberale Wirtschafts-Dienstleistungs GmbH

Redaktionsschluss:

02. Dezember 2020

Gestaltungskonzept, Layout und Satz:LOCKVOGEL – Werbenest Hamburg,
Hütten 82, 20355 Hamburg**Gedruckt auf:**Umschlag: Circle Offset – IGEPA;
Innen: Holmen TRND – IGEPA**Druck und Produktion:**Beisner Druck GmbH & Co. KG,
Müllerstr. 6, 21244 Buchholz**FÜR UNSERE ZUKUNFT**Die LIBERAL.NRW wird
aus nachhaltigen Papier-
produkten hergestellt.Unsere Papierauswahl ist
FSC®-zertifiziert.**UND WAS BEDEUTET DAS?**Weitere Informationen rund um das
Thema FSC®-Zertifizierungen können
Sie online nachlesen unter:
www.fsc-deutschland.de

Drei Fragen an Joachim Stamp

Die letzten Wochen waren geprägt durch die Debatte und das Ringen um die Maßnahmen im Kampf gegen die Corona-Pandemie. Was war Ihnen und den Freien Demokraten besonders wichtig?

Stamp: Wir Freie Demokraten haben uns mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass Kitas und Schulen offen bleiben. Wir wollen, dass Präsenzunterricht in Schulen so lange wie möglich stattfindet – das muss der Regelfall sein. Denn nur so können wir sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler, die zuhause keine guten Lernbedingungen und keine Hilfe beim Lernen haben, nicht abgehängt werden. Das ist für uns eine zentrale Frage der Chancengerechtigkeit. Wir haben aber im ersten Lockdown im Frühjahr die Erfahrung gemacht, dass viele Kinder und Jugendliche gerade aus bildungschwachen Familien den Anschluss verloren haben. Mit ihnen arbeiten wir jetzt mühsam daran, dies aufzuholen. Dass sich alle Bundesländer diesem Kurs angeschlossen haben, ist ein Erfolg für unsere klare Haltung und insbesondere die unserer Schulministerin Yvonne Gebauer in dieser Frage.

Das Bekenntnis zum Präsenzunterricht steht im Übrigen auch nicht im Widerspruch zu digitalem Lernen – im Gegenteil. Wir wollen, dass noch viel stärker digitale Elemente genutzt werden. Die Ausstattung aller Lehrerinnen und Lehrer mit digitalen Endgeräten sowie die Ausstattung von Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Familie kein Endgerät zur Verfügung haben, ist dafür ein ganz wichtiger Schritt. Deswegen gehen wir hier in NRW auch bewusst voran – eben weil das aus unserer Sicht für moderne Bildung zentral ist.

Die Pandemie hat das Jahr 2020 bestimmt. Sie wird aber auch im nächsten Jahr nicht vorbei sein. Was ist die Perspektive?

Stamp: Zum Glück gehen wir in das neue Jahr mit der Aussicht, dass wir bei den Impfungen nun schnell vorankommen. Wenn es gelingt, möglichst bald zumindest die besonders gefährdeten Gruppen in Kliniken und Pflegeheimen und das Personal zu impfen und damit die Stabilität des Gesundheitsbereichs zu sichern, dann haben wir eine andere Souveränität im Umgang mit der Pandemie. Und dann kann und muss umfassend geöffnet werden.

Das gilt zudem auch jetzt schon für Regionen, in denen die Zahlen

über einen gewissen Zeitraum niedrig sind. Dort müssen Öffnungen möglich sein, wenn es entsprechende Hygienekonzepte gibt. Auch darauf haben wir Freie Demokraten gedrungen.

Worauf kommt es aus Ihrer Sicht noch an, um im Umgang mit der Pandemie besser zu werden?

Stamp: Ganz entscheidend ist die Ertüchtigung der Gesundheitsämter. Überall in Deutschland sind sie personell und digital nicht ausreichend ausgestattet. Wir müssen eine umfassende Teststrategie mit dem verstärkten Einsatz von Schnelltests umsetzen. Außerdem müssen – unabhängig von der Aussicht auf Impfungen – vulnerable Gruppen über die Bereitstellung von FFP2-Masken hinaus noch besser geschützt werden. Die Weiterentwicklung der Corona-App ist daneben ein entscheidender Baustein, damit mehr Menschen die App nutzen und sie so noch wirksamer im Kampf gegen die Pandemie wird. Die App muss alltagstauglich sein und umfassende hilfreiche Informationen bieten, sie muss zum Beispiel endlich auch auf älteren Geräten funktionieren sowie anonym und datensparsam eine sogenannte Clusterkennung ermöglichen. Daran arbeiten wir in NRW in den letzten Wochen federführend mit. ■

Dr. Joachim Stamp,
Landesvorsitzender der FDP NRW
sowie Minister für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
und stellvertretender
Ministerpräsident des Landes
Nordrhein-Westfalen



LANDTAGSFRAKTION

USA-NRW

Claus Gramckow,
Leiter des Regionalbüros
Nordamerika der Fried-
rich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit in
Washington D.C.



QUO VADIS AMERIKA?

NEUE CHANCEN FÜR DIE TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT?

Die US-amerikanischen Bürgerinnen und Bürger haben am 3. November unter anderem ihren Präsidenten und den Kongress – das komplette Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats – gewählt. Wie bewerten Sie den Wahlausgang?

Freimuth: Die Wahlen in den USA waren in diesem Jahr besonders spannend. Insbesondere, weil der Wahlausgang zunächst knapper war, als von zahlreichen Meinungsforschern angenommen wurde. Erst im Laufe der Woche nach der Wahl wurde das Ergebnis deutlicher. In jedem Fall hat sich aber gezeigt, dass die Wählergruppen in den USA differenzierter betrachtet werden müssen und tradierte Vorurteile sich nicht bestätigt haben.

Gramckow: Genau! Wahlbeobachter müssen davon weggehen, dass es nur homogene Wählergruppen gibt. Das Ergebnis spiegelt wider, wo die USA momentan stehen. Es ist ein geteiltes Land – poli-

tisch wie auch sozial. Aufgrund der Ergebnisse im Senat und Abgeordnetenhaus werden die Parteien einen Weg finden müssen, miteinander umzugehen.

Warum, glauben Sie, konnte Donald Trump doch mehr Stimmen holen, als zunächst erwartet wurde?

Denison: Viele Amerikaner waren Donald Trump leid, aber Amerika hat es insbesondere mit Covid-19 satt. Die Amerikaner wollen, dass die Wirtschaft sich schnellstens erholt und sie wieder arbeiten können. Trump hat da ein deutliches Zeichen gesetzt und sich klar positioniert. Das hat sich sicher positiv auf sein Wahlergebnis ausgewirkt und schließlich auch die Demoskopien überrascht.

Wie wird es weitergehen nach der Niederlage von Donald Trump?

Freimuth: Das ist eine gute Frage. Vieles wird davon abhängen, ob innerhalb der Republikaner auch die „Nicht-Trumpies“ wieder eine Rolle spielen, denn diese Partei ist sehr gespalten. Und auch die Demokraten beinhalten mehrere starke Strömungen. Durch das



Angela Freimuth,
Vizepräsidentin des
Landtags NRW und
Vorsitzende der
NRW-USA Parlama-
ntariergruppe

Dr. Andrew B. Denison,
Politikwissen-
schaftler, Publizist
und Direktor von
Transatlantic Networks

NRW UND DIE USA HABEN VIELFÄLTIGE BEZIEHUNGEN:

- Die ersten deutschen Einwanderer reisten von Krefeld nach Pennsylvania und gründeten dort am 6. Oktober 1683 „Germantown“, was heute ein Stadtteil von Philadelphia ist.
- Der „German American Day“ wird deshalb am 6. Oktober gefeiert.
- Pennsylvania ist der US-Partnerbundestaat von Nordrhein-Westfalen.
- 32 Städtepartnerschaften und Kooperationen bestehen zwischen Städten in Nordrhein-Westfalen und den USA.
- 98 Schulpartnerschaften verbinden NRW und die USA.
- Es gibt rund 290 Hochschulkooperationen zwischen amerikanischen und nordrhein-westfälischen Hochschulen und Universitäten.
- Mit über 1.600 Unternehmen sind die USA einer der wichtigsten Außenhandelspartner, größten ausländischen Arbeitgeber und Investoren in NRW.
- Außerdem sind die USA ein wichtiger Forschungs- und Produktionsstandort sowie ein Absatzmarkt für nordrhein-westfälische Unternehmen.
- Eins der insgesamt fünf deutschen US-Generalkonsulate befindet sich in Düsseldorf.
- Im nordrhein-westfälischen Landtag gibt es eine Parlamentariergruppe USA. Vorsitzende ist Angela Freimuth.

Zwei-Parteien-System in den USA sind die jeweiligen Lager innerhalb der Parteien oft viel weiter auseinander, als es beispielsweise in Deutschland der Fall ist.

Gramckow: Nur, weil Präsident Trump bald aus dem Amt scheidet, heißt das nicht, dass der „Trumpismus“ in den USA verschwinden wird. Die Zukunft wird zeigen, ob und wie stark sich Trump weiterhin bei den Republikanern einbringen wird.

Welche Auswirkungen wird die Wahl von Joe Biden auf die diplomatischen Beziehungen der USA haben?

Gramckow: Ich glaube, das Aufatmen unter den Diplomaten ist sehr groß, weil sie mit Joe Biden als Präsident nicht erst einmal auf Twitter nachsehen müssen, welche Katastrophe jetzt schon wieder passiert ist. Diplomatie wird in Zukunft wieder eine wesentlich größere Rolle spielen.

Denison: Ja, das schon, aber es sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland und Europa hier selbst wichtige Fragen ihrer Außen- und Sicherheitspolitik beantworten müssen. Amerika will ein eigenständiges und selbstbewusstes Europa, als starken Partner und nicht als Protektorat.

Vielen Dank, die Frage nach der Zusammenarbeit mit Europa, Deutschland und im Speziellen auch mit NRW drängt sich auf. Wie werden sich die transatlantischen Beziehungen entwickeln?

Freimuth: Die Beziehungen zwischen Europa und den USA sind sicher unter Trump nicht besser geworden. Die Provokationen, Beschimpfungen und Drohungen sind keine Stilmittel zur Pflege einer Partner- oder Freundschaft und die Handelsbeschränkungen leisten auch keinen Beitrag. Das könnte sich in einer Biden-Administration wieder zu mehr Zusammenarbeit entwickeln. Wir Europäer müssen aber klären, was wir wollen.

Glauben Sie, dass die Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen TTIP unter Joe Biden wieder neu aufgerollt werden?

Gramckow: TTIP hat nicht nur in den USA Bedenken hervorgerufen, sondern insbesondere in Deutschland. Von allen europäischen Ländern waren die Proteste gegen TTIP in Deutschland am lautesten, das ist natürlich auch den Amerikanern negativ aufgefallen. Aber langfristig sehe ich keine Alternative zu Zusammenarbeit und Freihandel zwischen den USA und Europa, insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Energie, Sicherheit – aber auch gegenüber China.

Denison: Ich glaube aber nicht, dass ein Freihandelsabkommen sehr weit oben auf der Prioritätenliste von Joe Biden steht. Wenn Europa ein Interesse an einem solchen Abkommen hat, dann sollten die Europäer das Thema proaktiv angehen. Dann könnte es gelingen. ■

Henning Höne zu Gast
bei WDR „eins zu eins“

Vom akuten Krisenmanagement zum **SOUVERÄNEN RISIKOMANAGEMENT**

Die Corona-Pandemie ist eine große Herausforderung für unser Land, die Menschen, die Wirtschaft und unser Zusammenleben. Während in der ersten Phase der Pandemie kurzfristige Maßnahmen zur Eindämmung dringend geboten waren, muss die Politik nun eine Strategie entwickeln, wie das Leben mit dem Corona-Virus längerfristig möglich ist.

Das Corona-Virus hat Deutschland Ende Januar 2020 erreicht. Mitte März schlossen Schulen und Kindertageseinrichtungen. Einzelhandel, Kultur, Sport, Nahverkehr – die Gesellschaft kam fast zum Erliegen. Und die Kurve flachte ab. In einem einmaligen Kraftakt wurde die erste Welle gebrochen, bevor das Gesundheitssystem an der Grenze der Belastbarkeit war. Der Preis dafür war hoch. Besuchsverbote in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern, Kinder, deren Bildungschancen, manchmal auch das Kindeswohl, auf der Strecke blieben. Wirtschaftliche Schäden, die nur mit massiver staatlicher Unterstützung abgedeckt werden konnten. Und viele

offene Fragen. Derartig drastische Maßnahmen und Einschnitte in die Grundrechte möchte die FDP-Landtagsfraktion für die Zukunft vermeiden.

In ihrem Positionspapier „Vom akuten Krisenmanagement zum souveränen Risikomanagement“ spricht sich die FDP-Landtagsfraktion dafür aus, die gesetzlich vorgeschriebene Evaluierung des Pandemiegesetzes dafür zu nutzen, darüber zu diskutieren, wie wir wieder stärker zu einer regulären Einbindung des Parlaments in den Umgang mit der Corona-Pandemie kommen können. Zudem macht die



FDP-Fraktion Vorschläge wie die Treffsicherheit und Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen verbessert werden könnte. „Die Landesregierung macht einen sehr guten Job, NRW kommt bislang gut durch die Krise. Aber je länger die Pandemie unseren Alltag bestimmt, desto nötiger ist es, politische Abwägungsprozesse durch die Debatte im Parlament transparent zu machen. Wir sind überzeugt, dass der Austausch von Argumenten im Parlament zu mehr Akzeptanz für Coronaschutz-Maßnahmen führen kann“, erläutert Henning Höne die Intention des Papiers. Die FDP-Landtagsfraktion möchte, dass der Landtag festlegt, welche Werkzeuge in den Werkzeugkasten kommen. „Bei gewissen Punkten brauchen wir auch einen Parlamentsvorbehalt. Die Anwendung der Werkzeuge ist und bleibt Aufgabe der Landesregierung“, unterstreicht Höne.

Klar ist für die FDP-Landtagsfraktion, dass angesichts der steigenden Infektionszahlen und stärkeren Belegung der Intensivstationen im Herbst wieder Akut-Maßnahmen ergriffen werden mussten. Für die Freien Demokraten steht fest, dass die flächendeckende dauerhafte Schließung von Kitas und Schulen sich nicht wiederholen soll. Diese Bildungs- und Betreuungsgarantie haben Schulministerin Yvonne Gebauer und Familienminister Joachim Stamp den Familien im Land gegeben. Denn die Bildungschancen unserer Kinder haben für die FDP Priorität. Mit dieser Priorität für Bildung ist NRW bundesweit voran gegangen, alle Bundesländer sind im Oktober gefolgt.

Damit Bildungseinrichtungen offen bleiben können, müssen Teile der Wirtschaft und Gesellschaft wieder runtergefahren werden. Allerdings übt die FDP-Landtagsfraktion Kritik an der Art und Weise der Entscheidungsfindung ohne breite Debatte von der Ministerpräsidentenkonferenz und der Kanzlerin. Zudem gab es Enttäuschung und Kritik an den Details des Lockdowns. In vielen Bereichen wie Gastronomie, Kultur, Tourismus und Sport sowie der Event- und Schaustellerbranche wurden Hygienekonzepte entwickelt, die erfolgreich waren und die tatsächlich funktioniert haben. Trotzdem werden diese Bereiche zum Schutz der Bevölkerung ganz überwiegend dichtgemacht. „Die FDP-Landtagsfraktion ist nach wie vor von diesen Hygienekonzepten überzeugt. Wir als FDP-Landtagsfraktion halten die eine oder andere Maßnahme schon für überzogen. Teilweise halten wir sie auch für womöglich kontraproduktiv“, sagte Rasche in der Sondersitzung am 30. Oktober. „Hätte die FDP-Fraktion die Entscheidung treffen müssen – sie wurde woanders getroffen –, hätte sie die Gastronomie in Nordrhein-Westfalen nicht geschlossen“, unterstrich Rasche. Daher ist es ein Anliegen der Fraktion, nach allen Möglichkeiten zu suchen, wie jene Bereiche der Gesellschaft schnell wieder geöffnet werden können, die überzeugende Hygienekonzepte haben. Zudem muss die Entschädigung unbürokratisch und zügig erfolgen.

POSITIONSPAPIER „LEITPLANKEN FÜR DIE CORONA-BEKÄMPFUNG“

1. Eingriffe in Grund- und Freiheitsrechte müssen gesetzlich begründet werden
2. Grundrechte und Freiheiten durch Parlamentsvorbehalt schützen
3. Gesundheit ist mehr, als kein Covid-19 zu haben
4. Verantwortung jedes Einzelnen sichern
5. Intensivere Schwerpunktkontrollen der bestehenden Regeln
6. Wissen statt Bauchgefühl
7. Mut zum Lernen
8. Einschränkungen müssen begründet werden, Lockerungen nicht
9. Mut zu Innovationen
10. Digitalisierung stärker nutzen
11. Lokal und treffsicher handeln
12. Die Pandemie ist komplexer als eine einzelne Kennzahl

Mit dem zweiten Teil-Lockdown hat sich eine neue Routine im Landtag eingespielt: In jeder Plenarwoche wird das Parlament von der Landesregierung über die aktuelle Situation unterrichtet und es findet eine ausführliche Debatte statt. „Landesregierung und Parlament arbeiten gemeinsam dafür, dass die Akzeptanz für die Maßnahmen bei den Menschen hoch bleibt. Die Debatte im Parlament schafft Transparenz und lässt den Austausch auch gegensätzlicher Meinungen zu. Wort und Widerwort. Das ist das Wesen unserer Parlamentarischen Demokratie“, erklärt Christof Rasche, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion.

Ende November wurde leider deutlich, dass das exponentielle Wachstum nicht gestoppt ist. „Die Infektionszahlen sind in einer Seitwärtsbewegung, der steile Anstieg ist gestoppt, aber die erhoffte massive Senkung der Zahlen wurde nicht erreicht. Die FDP trägt daher eine Verlängerung der Maßnahmen mit, auch wenn wir uns insgesamt einen anderen Weg und eine längerfristige Strategie gewünscht haben“, betonte Rasche in der Debatte im Landtag. Die Maßnahmen müssen aber befristet und nachvollziehbar sein und mit Augenmaß erfolgen. Im Dezember und Januar wird das Parlament sich wieder mit der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen befassen. ■

LANDTAGSFRAKTION
NRW HAUSHALT IN ZAHLEN



Lebenswerte Städte und bezahlbarer Wohnraum sind wichtige Anliegen und machen unser Land attraktiv. Deshalb fließen im kommenden Jahr 640 Millionen Euro für Wohnungs- und Städteförderung.

Euro für Städte- und Wohnungs- förderung

640 Mio.

NRW in Zahlen – Landeshaushalt 2021

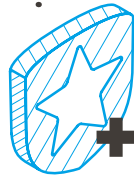


Zuwachs
seit 2016

+18%

Priorität für Bildung. Der Schulhaushalt mit mehr als **20 Milliarden Euro** ist der größte Einzelplan im Landesetat (rund 84 Milliarden Euro). In Regierungsverantwortung steigern wir die Anstrengungen der Bildungsfinanzierung unserer Schulen Jahr für Jahr.

Solide Finanzen bleiben für die Freien Demokraten trotz und gerade wegen der Corona-Pandemie eine Frage der Generationengerechtigkeit. Anders als im Bund und in der EU werden die **Ausgaben auf die Höhe der Mittelfristigen Finanzplanung vor Corona begrenzt.**



+38%

Ausgaben
für die Polizei
seit 2016

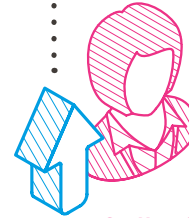
Unser Rechtsstaat gilt in jedem Winkel unseres Landes. Deshalb **stärken wir unsere Polizei** sowohl durch moderne Ausstattung und Schutzausrüstung als auch personell; in diesem Jahr haben **2500 Kommissaranwärter ihre Ausbildung begonnen** – so viele wie nie zuvor.



RALF WITZEL

Haushaltspolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion
ralf.witzel@landtag.nrw.de

„Die Bekämpfung der Corona-Pandemie stellt eine große Herausforderung dar. Dazu hat das Land einen Rettungsschirm von 25 Milliarden Euro gespannt. Während wir die aktuelle Krise managen, wollen wir aber die richtigen Weichen für die Zukunft stellen. Dazu gehört, die Investitionen in Kernbereichen weiter zu verstärken und zugleich die Bewältigung der Zinslast und Verschuldung der Vergangenheit im Blick zu halten.“

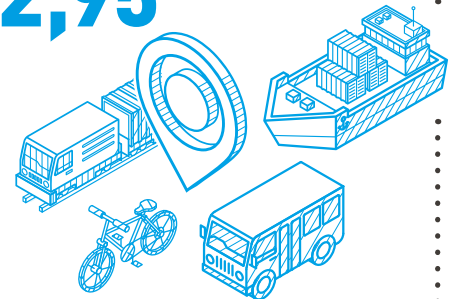


Beste Bildung beginnt damit, dass Unterricht stattfinden kann. **Wir unterstützen die Schulen, indem wir im Jahr 2021 rund 2.750 zusätzliche**

Stellen für Lehrerinnen und Lehrer schaffen. Damit stärken wir unter anderem die Grundschulen, die das Fundament für Bildungserfolg legen.

Zukunftsfähige Infrastruktur ist für unseren Wirtschaftsstandort unerlässlich. Zudem möchten wir, dass die Bürgerinnen und Bürger über ihre Mobilität selbst entscheiden können. Deshalb investieren wir in den **Erhalt und Ausbau** Verkehrsinfrastruktur und Mobilität.

2,95 Milliarden Euro



Digitale Verwaltung, stabiles Netz im Homeoffice oder Künstliche Intelligenz: Digitalisierung hat viele Facetten. Das Land stellt im Haushalt 2021 rund 675 Millionen Euro für dieses Zukunftsthema bereit.

Euro für diese Zukunftstechnologie

675 Mio.

PROGRAMM FÜR OGS-HELFERINNEN UND OGS-HELFER STARTET

In Nordrhein-Westfalen kommen künftig OGS-Helferinnen und OGS-Helfer zum Einsatz. Mit einer finanziellen Unterstützung im Umfang von rund 30 Millionen Euro startet das Land das „**Helferprogramm für die Ganztags- und Betreuungsangebote**“ in Corona-Zeiten, um Grund- und Förderschulen im offenen bzw. gebundenen Ganztag zu unterstützen. Alle Grundschulen mit offenem Ganztag und alle Förderschulen mit offenem und gebundenen Ganztag erhalten vom Land für alle rund 370.000 Schülerinnen und Schüler, die ein Ganztags- und Betreuungsangebot besuchen, eine Pauschale. Schul- und Bildungsministerin Yvonne Gebauer: „Die neuen OGS-Helferinnen und OGS-Helfer sind ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung der Grundschulen und der Förderschulen. **Unser Helferprogramm unterstützt und entlastet das Personal bei den so wichtigen Ganztags- und Betreuungsangeboten.** Der offene Ganztag ist aus dem Alltag vieler Kinder und ihrer Familien nicht mehr wegzudenken. Die OGS bietet einen verlässlich strukturierten Tagesablauf für Schülerinnen und Schüler und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben. Gerade in Zeiten der Pandemie ist diese Sicherheit und Beständigkeit für Kinder und Eltern wichtiger denn je.“ Um die Angebote des Offenen Ganztags in Corona-Zeiten aufrecht zu erhalten, mussten organisatorische Anpassungen vorgenommen werden, um Hygienekonzepte und Infektionsschutzmaßnahmen umzusetzen. Durch diese erforderlichen Maßnahmen entsteht für das Personal eine erhöhte Arbeitsbelastung.

Übrigens: Das erfolgreiche Kita-Helfer-Programm wird bis zum Ende des Kita-Jahres verlängert.

Weitere Infos: ich-helfe-mit.nrw ■

NRW TREIBT DEN ABBAU VON BÜROKRATIE IN DEUTSCHLAND VORAN

Nachdem er bereits mit fünf Entfesselungspaketen für weniger Bürokratie in Nordrhein-Westfalen gesorgt hat, hat Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart nun den Bund in den Blick genommen. Gemeinsam mit Ministerpräsident Armin Laschet stellte er eine Bundesratsinitiative mit 48 Maßnahmen in Berlin vor. **„Wenn wir das unternehmerische Potenzial auch in der Krise freisetzen wollen, brauchen wir neben Konjunkturprogrammen unkomplizierte Regelungen und die Entlastung von unnötiger Bürokratie.** Durch die Vorschläge der Landesregierung setzen wir die Reihe der Entfesselungspakete fort und konzentrieren uns dabei auf Bundesregelungen“, so Pinkwart. ■

WASSERSTOFF-ROADMAP FÜR NRW

Der Aufbau einer zukunftsweisenden Wasserstoffwirtschaft mit über 100.000 neuen Arbeitsplätzen soll in Nordrhein-Westfalen beschleunigt werden. Die Landesregierung hat dafür eine neue Wasserstoff-Roadmap Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Energieminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart unterstrich: „Das Ziel, die industriellen Prozesse in Nordrhein-Westfalen bis 2050 annähernd klimaneutral zu gestalten, kann nur durch den Einsatz von Wasserstoff erreicht werden. **Wasserstoff bietet uns riesige Chancen auf dem Weg zu einer grünen und modernen Industrie.**“ ■

LANDESVERBAND

AUS DER LANDESREGIERUNG



Initiative aus NRW
im Wortlaut:



BESSERER SCHUTZ VOR SEXUELLEM KINDESMISSBRAUCH

Nordrhein-Westfalen verstärkt die Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und hat nun als **erstes Bundesland eine Landesfachstelle zur Prävention eingerichtet.** „Wir wollen unsere Kinder und Jugendlichen vor diesen abscheulichen Verbrechen besser schützen“, so Familienminister Joachim Stamp. Die Landesfachstelle bietet neben Informationen, Fortbildungen und Beratungen eine Vernetzung von Fachkräften und Einrichtungen aus dem Bereich des Kinderschutzes. ■



Archivfoto

Perspektiven für das Rheinische Revier

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung ist beschlossene Sache. Nordrhein-Westfalen als Energieland Nr. 1 hat dabei besondere Herausforderungen zu bewältigen, geht als größtes Industrieland beherzt voran und will die Energiewende zur Jahrhundertchance für den Standort NRW machen. Im Herbst hat Wirtschafts- und Energieminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart den Entwurf einer neuen Leitentscheidung für das Rheinische Braunkohlerevier im Landtag vorgestellt und damit den Startschuss gegeben für ein Strukturprojekt, das seinesgleichen sucht.

„Wir gehen als Land bei der Energiewende voran und werden bis 2023 ein Drittel der derzeitig vorhandenen Leistung an Braunkohleverstromung vom Netz nehmen. Der Entwurf der Leitentscheidung zeigt einen Pfad auf, wie Abbau und Verstromung der Braunkohle auslaufen können“, erklärt der energiepolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Dietmar Brockes. Für die FDP-Landtagsfraktion müssen bei der Energiewende drei Ziele ins Gleichgewicht gebracht werden: Versorgungssicherheit für die Haushalte und Wirtschaft; Bezahlbarkeit des Stroms und Umweltschutz.

Für eine gesicherte Energieversorgung bleiben Abbau und Verstromung von Braunkohle in Nordrhein-Westfalen bis zum gesetzlichen Abschlussdatum 2038 - möglichst schon 2035 - erforderlich. Mit der Leitentscheidung erhalten Anrainer im

Rheinischen Revier Klarheit, wie es mit den Umsiedlungen von Dörfern weitergeht. Die Umsiedlung der Merzenicher Ortschaft Morschenich, Tagebau Hambach, ist bergbaulich nicht mehr erforderlich. „Mit dem Fahrplan für die Umsiedlung der Dörfer endet die Unklarheit. Die Bewohner der Ortschaft Morschenich erhalten Wahlfreiheit, ob sie umsiedeln wie geplant oder am alten Ort verbleiben wollen“, betont Jörn Freynick, Sprecher für Landesplanung der FDP-Landtagsfraktion. Die Leitentscheidung sieht vor, dass der Abbau zunächst in unbewohnten Gebieten fortgesetzt wird. Zudem werden die Abstände der Abbaugrenzen zu den Ortsrändern vergrößert.

Nur gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern kann die große Herausforderung für das Rheinische Revier gemeistert werden. Bereits jetzt werden in 64 Städten Ideen für die Zukunft nach der Braunkohle gesammelt. Bis zum ersten Dezember 2020 hatten Einwohner zudem die Möglichkeit, den vorgelegten Entwurf zu kommentieren und Verbesserungsvorschläge zu machen. „Wir wollen aus der Jahrhundertherausforderung eine Jahrhundertchance machen. Die immense Innovationskraft der 2,2 Millionen Menschen im Rheinischen Revier wird dabei helfen, den Wandel zu vollziehen“, unterstreicht Ralph Bombis, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Mit der Leitentscheidung werden auch Details der Renaturierung der Tagebaue festgezurrert. Der Hambacher Forst bleibt ebenso erhalten wie mehrere Waldgebiete an den Rändern des Tagebaus Hambach. Es ist das Ziel, das dortige Ökosystem wiederaufzubauen und einen Lebensraum für geschützte Tier- und Pflanzenarten zu bieten.

Nach der Auswertung des Beteiligungsverfahrens soll eine abschließende Entscheidung noch im Jahr 2021 getroffen werden. ■

VON LORENZ DEUTSCH:

Wir brauchen eine Exit-Strategie für den Kultur-Lockdown

Corona hat die Kulturszene im Frühjahr mit voller Wucht getroffen. Plötzlich durften Künstlerinnen und Künstler nicht mehr arbeiten. Das hat sie nicht nur finanziell schwer getroffen, es war ein auch ein tiefer Einschnitt in ihr Selbstverständnis. Der zweite Lockdown muss der letzte sein – wir brauchen eine sachbezogene Öffnungsstrategie für die Kultur.

Nordrhein-Westfalen hat als erstes Land schon am 20. März ein Soforthilfeprogramm für Künstlerinnen und Künstler eingerichtet. Unbürokratisch und schnell. Dafür wurden fünf Millionen Euro bei einer Maximalförderhöhe von 2000 Euro pro Künstler zur Verfügung gestellt. Ein erster Schritt. Für Künstlerinnen und Künstler stand zudem das Hilfsprogramm für Solo-Selbständige zur Verfügung. Leider entschied der Bund, dass Lebenshaltungskosten nicht förderfähig seien. Das war inakzeptabel. NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart hat gemeinsam mit Länderkollegen für eine Änderung gekämpft – aber sie stießen beim Bund zunächst auf taube Ohren. Erneut reagierte NRW schnell und sicherte 2000 Euro Unternehmerlohn aus Landesmitteln. In einem weiteren Schritt hat der Landtag im NRW-Rettungsschirm das Stärkungspaket „Kunst und Kultur“ auf den Weg gebracht; 185 Millionen Euro wurden bereitgestellt. Das kommt einer Verdopplung des Kulturetats gleich!

Diese Stärkungsmittel sind wichtig für das Überleben unserer reichhaltigen und vielfältigen Kulturlandschaft. Für ihre langfristige Perspektive müssen wir die Kunst lebendig halten können. Dafür ist es besonders wichtig, dass Künstlerinnen und Künstler wieder ihrer Arbeit nachgehen können. Denn die Möglichkeit, selbst Umsatz zu erwirtschaften, muss zu jeder Zeit Vorrang vor staatlichen Hilfen haben. So bekommen Kunst- und Kulturschaffende nicht nur ihre Erwerbsgrundlage zurück, sondern auch ihr Selbstbewusstsein. Für mich ist das ein Zeichen des Respekts und der Wertschätzung für die vielen Künstlerinnen und Künstler.

Im Sommer wurden dafür die Grundlagen geschaffen: Unter strengen Bedingungen der Nachverfolgbarkeit und ausgefeilten Hygienekonzepten durften die Kultureinrichtungen wieder öffnen. Unsere Kultureinrichtungen haben viel Arbeit und Fleiß in diese

Konzepte gesteckt. Bühnen wurden bespielt, Museen wieder geöffnet, Konzerte und Lesungen fanden wieder statt. Die Erleichterung, den Betrieb wieder aufnehmen zu können, war ungleich größer als die Belastung durch die Einschränkungen.

Doch dann kam der zweite Lockdown. Für mich als Kulturpolitiker war das schmerzvoll und in Teilen nur schwer nachvollziehbar. Angesichts der überraschend schnell steigenden Infektionszahlen musste aber gehandelt werden. Kultur und Freizeitaktivitäten zu schließen, war der Preis dafür, die Schulen und Kitas offenzuhalten.

Umso wichtiger ist jetzt eine sachbezogene Exit-Strategie! Für einen ersten Schritt bei einer potenziellen Öffnung sehe ich da Museen mit ihren weitläufigen Räumen an erster Stelle. Die Hygienekonzepte für Kultureinrichtungen sind vorhanden, sodass auch für Theater, Film und Tanz bald Lösungen gefunden werden können. Wir müssen diese Diskussion über weitere Öffnungen führen.

Wir als Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Freiheits Einschränkungen so gering wie möglich sind und bestehende Regelungen regelmäßig auf ihre Effektivität und Verhältnismäßigkeit überprüft werden. Nur so können wir die Balance zwischen dem Gesundheitsschutz und dem Erhalt unserer vielfältigen Kunst- und Kulturszene in Nordrhein-Westfalen halten. ■

**LORENZ DEUTSCH**Kulturpolitischer Sprecher
der FDP Landtagsfraktionlorenz.deutsch@landtag.nrw.de



LANDESVERBAND

KAMPF GEGEN DEN ISLAMISMUS



Christian Lindner, Bundesvorsitzender der Freien Demokraten

Kampf gegen Islamismus entschieden vorantreiben

Die brutalen Terroranschläge mit islamistischem Hintergrund der vergangenen Wochen und Monate haben verdeutlicht, dass die aktuelle Bedrohungslage durch den islamistischen Terrorismus in Deutschland und Europa weiterhin hoch ist. „Wir müssen uns gemeinsam gegen die Bedrohung unserer Werte, unserer Freiheit und des friedlichen Zusammenlebens wehren“, betonte Christian Lindner, Bundesvorsitzender der Freien Demokraten und Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, und forderte ein entschiedeneres Entgegenreten des Rechtsstaates gegen islamistischen Terror. Er unterstrich: „Wir wollen klar unterscheiden zwischen dem Islam, zwischen friedlichen Muslimen und islamistischen Gruppen. Wir wollen eine intensive Beobachtung der Gefährder. Wir brauchen eine Bündelung der Verfassungsschutzbehörden in Deutschland mit einem gemeinsamen Terrorabwehrzentrum auf einer gesetzlichen Grundlage. Wir brauchen eine verbesserte Kooperation in Europa im Sinne eines europäischen FBI. Wir brauchen die Nutzung von Vereins- und Versammlungsverböten wie wohl auch die gezielte Strafverfolgung. Notwendig ist die konsequente Abschiebung von Gefährdern und Straftätern und mehr Kontrolle bei der Zuwanderung nach Europa. Sprich: Wir brauchen einen Dreiklang aus Prävention, Repression und Kooperation.“ ■



Mehr zur Position der Freien Demokraten:



LANDESVERBAND

AUS DER BUNDESTAGSFRAKTION



Johannes Vogel, arbeitsmarkt- und rentenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert die Bundesregierung auf, endlich einen systematischen und funktionierenden Rettungsschirm für Selbstständige während der Corona-Krise aufzuspannen. „Die sogenannte Neustarthilfe für Soloselbstständige beträgt für sich genommen nur einige Hundert Euro im Monat, weniger als die Grundsicherung! Das ist zu wenig“, so Johannes Vogel. „Wenn die Politik das Geschäft untersagt, muss sie auch für Ausgleich sorgen. Das ist eine Frage der Ordnungspolitik und der Integrität!“ ■

LANDESVERBAND

AUS DER BUNDESTAGSFRAKTION

Freihandel stärken

Alexander Graf Lambsdorff, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion



„Europa muss sich klar zum Freihandel bekennen,“ fordert Alexander Graf Lambsdorff, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Anlässlich des Abschlusses des weltgrößten Freihandelsabkommens zwischen China und 14 Staaten in der Asien-Pazifik-Region mahnt er, diesen Teil der Welt stärker in den Blick zu nehmen. „Besonders Japan, Australien, Indien und die demokratischen ASEAN-Staaten gehören stärker in den Fokus deutscher und europäischer Außenpolitik,“ erklärt Alexander Graf Lambsdorff. ■

BÜROKRATIE ABBAUEN

LANDTAGSFRAKTION

BÜROKRATIEABBAU

**RALPH BOMBIS**

Wirtschaftspolitischer

Sprecher der FDP-Landtagsfraktion

ralph.bombis@landtag.nrw.de

Nordrhein-Westfalen ist gemessen am Bruttoinlandsprodukt die größte Volkswirtschaft aller deutschen Bundesländer. Seit Regierungsantritt setzt sich die NRW-Koalition dafür ein, die damit einhergehenden Chancen zu nutzen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in NRW zu verbessern. Dem Bürokratieabbau kommt dabei eine besondere Rolle zu. Dazu hat Nordrhein-Westfalen jetzt auch eine Initiative für Entfesselung auf Bundesebene vorgelegt.

Die NRW-Koalition hat seit 2017 mit fünf Entfesselungspaketen neue Wachstumsimpulse gesetzt. Mit der Abschaffung der Hygiene-Ampel oder der Modernisierung des Ladenöffnungsgesetzes setzte die FDP in Regierungsverantwortung Teile des Koalitionsvertrags für eine spürbare Entlastung der nordrhein-westfälischen Betriebe zügig um. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP Landtagsfraktion Ralph Bombis erklärt: „Wir befreien Unternehmen von wirtschaftlichen Fesseln und entfachen neue Innovationskräfte. Seit der Regierungsübernahme haben wir gezeigt, dass der Abbau von überflüssigen Vorschriften und die Vereinfachung von Verfahren wichtige wirtschaftliche Potenziale freisetzen. Über 40 Gesetze, Erlasse, Verordnungen sind bereits weggefallen. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie ist es wichtig, dass wir diesen entfesselnden Weg weitergehen.“

Mit einer Bundesratsinitiative hat Nordrhein-Westfalen jetzt den Anstoß für eine bundesweite Entschlackung von Regelungen gegeben. „Ganz Deutschland kann von den Erfahrungen mit Bürokratieabbau aus NRW profitieren“, ist Bombis überzeugt. 48 Maßnahmen schlägt die NRW-Koalition vor, auch um die Konjunktur nach der Corona Krise wieder in Schwung zu bringen. Das Entlastungsprogramm schlägt unter anderem vor, ein Belastungsmoratorium für Unternehmen zu schaffen und die Verdienstgrenze für Minijobs von 450 Euro auf 530 Euro anzuheben. Zusätzlich sollen Verwaltungsverfahren auf Bundesebene beschleunigt und vereinfacht werden. Ralph Bombis lobt die Bundesratsinitiative: „Dieser Maßnahmenkatalog zeigt, wie auf Bundesebene konjunkturelle Impulse gesetzt werden können, ohne dass dabei zusätzliche Kosten entstehen.“ ■

EINIGE MASSNAHMEN ZUM BÜROKRATIE- ABBAU DIESER WAHLPERIODE:

- Überarbeitung des **Tariftreu- und Vergabegesetzes**
- Abschaffung der **Hygiene-Ampel**
- Einführung der **elektronischen Gewerbeanmeldung**
- Möglichkeit der **bedarfs-gerechten Ausweisung von Siedlungs- und Wohnflächen** durch Kommunen
- Schaffung von vereinfachten und effizienteren **Planungs- sowie Genehmigungs-verfahren**
- Modernisierung des **Ladenöffnungsgesetzes**
- Vereinfachung von Verfahren beim **Ausbau von erneuerbaren Energien**

**FRANZISKA
MÜLLER-RECH**Schulpolitische Sprecherin
der FDP-Landtagsfraktionfranziska.mueller-rech@landtag.nrw.de

SCHULISCHE DIGITALISIERUNG IN NRW SCHREITET VORAN

Die FDP-Landtagsfraktion hat sich für die Legislaturperiode vorgenommen, die Schulen in NRW aus der Kreidezeit in die Digitalisierung zu führen. „Seit Regierungsübernahme haben wir viel angestoßen und die Finanzierung der Digitalisierung zu einem Schwerpunkt im Landeshaushalt gemacht. Der Nachholbedarf war sehr hoch, doch wir sind auf dem Weg mit unserer Schulministerin Yvonne Gebauer schon voran gekommen. Und wir haben auch für die nächsten Jahre noch viel vor“, sagt Franziska Müller-Rech, Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion.

Das Land hat allein im Jahr 2020 über 300 Millionen Euro mobilisiert, um die technische Ausstattung zu verbessern. 178 Millionen Euro wurden investiert, um Leihgeräte für Schüler bereitzustellen, die sich kein digitales Endgerät leisten können. Zudem stattet Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland seine Lehrerinnen und Lehrer mit Endgeräten aus. Das Land treibt auch den Anschluss der Schulen ans Glasfasernetz voran und ermöglicht Personal für den IT-Support. Müller-Rech: „Die Schulen benötigen eine gute digitale Infrastruktur, um die Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf ein eigenverantwortliches Leben in der digitalen Welt vorzubereiten. Digitale Lernformate bereichern den Unterricht und stärken die Medienkompetenz der Schüler. Sie ergänzen analoge Methoden, die aus heutiger Sicht unverzichtbar sind. In der Corona-Krise haben digitale Formate eine zusätzliche Bedeutung erhalten: Sie ermöglichen Distanzunterricht, wenn einzelne Lerngruppen etwa wegen Quarantäne-Maßnahmen nicht in der Schule lernen können.“

Digitales Lehren gehört noch nicht lange zur Lehrerbildung. Daher ist es für die FDP-Landtagsfraktion ein wichtiges Anliegen, Lehrerinnen und Lehrern schnell die notwendigen Fortbildungen zu ermöglichen, um den Unterricht mit digitalen Methoden auch qualitativ abzusichern. Dafür stellt das Land im Haushalt 2021 zusätzlich 5,4 Millionen Euro zur Verfügung.

Um die Jugendlichen bestmöglich auf ihre Zukunft vorzubereiten, führt das Land ab dem Schuljahr 2021/2022 das Pflichtfach Informatik ab der 5./6. Klasse ein. Alle Schülerinnen und Schüler sollen Grundkenntnisse im Programmieren erlangen und den Umgang mit den neuen Medien erlernen. „Die Digitalisierung ändert unser tägliches Leben. Wir müssen unsere Kinder bestmöglich auf diesen Wandel vorbereiten. Alles andere wäre verantwortungslos“, erklärt Franziska Müller-Rech.

Ein wichtiger Schritt, digitale Angebote in die Fläche zu tragen, ist die Schulplattform LOGINEO NRW. „Dieses Jahr haben wir mit LOGINEO NRW eine wegweisende Plattform an den Start gebracht, die für Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler gleichermaßen nützlich ist“, erläutert Müller-Rech. Das System beinhaltet neben einer dienstlichen E-Mail-Funktion, einem Cloud-Speicher, Daten-Safe und Terminkalender auch ein Lernmanagementsystem auf der Basis von Moodle und einen Messenger. An der nächsten Erweiterung um ein Videokonferenzsystem wird gerade gearbeitet. Schon über 1.500 Schulen nutzen das Hauptsystem. Das Land NRW sichert mit über 36 Millionen Euro den dauerhaften Betrieb der Anwendungen. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // VERBRAUCHERSCHUTZ


 Verbraucherrechte bei Bahn und Flug stärken

Auch während der Pandemie **müssen Rechte für Flug- und Bahnreisende sichergestellt werden**. Leider warten manche Kunden aber seit April auf ihre Rückerstattung. Der verbraucherschutzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW, Stephan Haupt, erklärt: „**Verbraucherschutz muss auch in Corona-Zeiten gewährleistet werden. Fluggesellschaften, die staatliche Hilfen in Anspruch nehmen, müssen ihre Kunden fair behandeln**“. Darüber hinaus möchte die FDP mit der Verbraucherzentrale NRW überprüfen, ob die Flugärger-App weiterentwickelt werden kann und ob automatisierte Entschädigungssysteme eingesetzt werden können. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // LANDWIRTSCHAFT


 Die Genschere CRISPER/Cas

Der Klimawandel und die damit einhergehenden Umweltschäden stellen die Natur und den Menschen vor große Herausforderungen. Die NRW-Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, das Potenzial der Genschere „CRISPR/cas“ für die Landwirtschaft zu nutzen. „**Mit modernen Züchtungsmethoden ist es möglich, Nutzpflanzen ertragreicher und widerstandsfähiger gegen Krankheitserreger und Umwelteinflüsse zu machen**. Gerade die Genschere verspricht neue Möglichkeiten bei der Züchtung von Pflanzen und damit auch bei der Bekämpfung von Hunger. **„Wir wollen eine ideologiefreie Debatte über diese große, neue Chance, die es hier gibt“**, sagt Markus Diekhoff, Landwirtschaftsexperte der FDP-Landtagsfraktion. ■

LANDTAGSFRAKTION


MELDUNG // ANWERBEABKOMMEN

Anwerbeabkommen und Lebensleistung der Menschen würdigen

Ohne die Leistungen zugewanderter Menschen wäre NRW wirtschaftlich und kulturell ärmer. Die Menschen, die durch das Anwerbeabkommen nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind, haben die Geschichte, aber auch den Wohlstand unseres Landes geprägt. Der Integrations- und Arbeitsmarktexperte der FDP-Landtagsfraktion, Stefan Lenzen, erläutert: „**Nordrhein-Westfalen als industrielle Herzkammer Deutschlands profitierte wie kaum ein anderes Bundesland von der Arbeitsmigration. Unser Respekt und unsere Anerkennung gilt den Frauen und Männern mit Einwanderungsgeschichte. Ohne die Migrantinnen und Migranten wäre das Wirtschaftswunder in den 50er Jahren kaum möglich gewesen**.“ FDP und CDU nehmen die Jahrestage der ersten Abkommen zum Anlass, anzustoßen, dass die Geschichte der Anwerbeabkommen im Haus der Landesgeschichte einen angemessenen Rahmen findet. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // ARBEITSGESETZ

 Chancen der digitalen Arbeitswelt nutzen
 

Die digitale Transformation der Arbeitswelt erfährt durch die Corona-Pandemie einen bedeutenden Schub. Digitale Kommunikationstools machen es nun möglich, dass Arbeitnehmer zeitlich und örtlich nicht mehr gebunden sind. Damit der digitale Wandel gelingt, müssen gesetzliche Regelungen für die betrieblichen Arbeitsprozesse angepasst werden. „**Das Arbeitsgesetz erfasst die Realität der Arbeitswelt nicht hinreichend. 1994, als es beschlossen wurde, waren E-Mails was für Nerds und Smartphones noch nicht erfunden**. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Sozialpartnern arbeitszeitpolitische Erneuerungen erproben“, erläutert Jörn Freynick. Freynick hat für die FDP-Landtagsfraktion in der Enquete-Kommission im Landtag an der Zukunftsfrage gearbeitet. Die Initiative der NRW-Koalition sieht dazu **eine Öffnungsklausel im Arbeitszeitgesetz vor, um von einer täglichen zu einer wöchentlichen Höchst Arbeitszeit zu kommen**. ■



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat sich in ihrem gesamten politischen Leben immer für die Grundrechte, gegen Diskriminierung und für den gelebten Respekt allen Menschen gegenüber eingesetzt. Sie war 23 Jahre lang für die FDP Mitglied des Deutschen Bundestages und zwei Mal, von 1992 bis 1996 sowie von 2009 bis 2013, Bundesjustizministerin. Seit 2019 ist sie die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen. Die gebürtige Mindenerin ist Mitglied des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung und Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes.

FRAGEBOGEN:

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

LANDESVERBAND

FRAGEBOGEN

Wie sieht Ihre Arbeit als Antisemitismusbeauftragte des Landes NRW genau aus?

Leutheusser-Schnarrenberger: Schwerpunkte meiner Tätigkeit sind die Bereiche Prävention, Projektunterstützung und eine jährliche Berichterstattung, in die auch Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus den von mir beauftragten Studien einfließen. Ich bin auch Ansprechpartnerin für Betroffene, die sich wegen antisemitisch motivierter Vorfälle an mich wenden und denen ich versuche, zu helfen.

Wie entwickelt sich der Antisemitismus in Deutschland?

Leider gibt es eine Zunahme des Antisemitismus. Die blutige Tat 2019 in Halle oder die aktuellen Taten in diesem Jahr sind dabei traurige Höhepunkte. Generell ist Antisemitismus ein breites Phänomen, dem es deshalb auch gesamtgesellschaftlich täglich zu begegnen gilt. Deshalb unterstütze ich verschiedene Projekte der Zivilgesellschaft.

Worin sehen Sie eine besondere Herausforderung?

Viele antisemitische Taten werden nicht zur Anzeige gebracht oder bewegen sich unterhalb der strafrechtlichen Grenzen. Dennoch brauchen die Betroffenen Ansprechpartner und wir müssen dieses Dunkelfeld aufhellen. In NRW hat der Landtag die Einrichtung einer Meldestelle Antisemitismus nach RIAS-Vorbild in Berlin und Bayern beschlossen, die jetzt maßgeblich im Ressort von Minister Joachim Stamp umgesetzt wird.

Hat die Corona-Pandemie Auswirkungen auf Ihre Arbeit?

Ja, eindeutig. Einerseits können einige geplante Projekte in Schulen und öffentlichen Veranstaltungen nicht stattfinden, andererseits erleben wir im Kontext der aktuellen Demonstrationen eine Verbreitung von antisemitischen Verschwörungsmäthen in neuen Chiffren.

Zum Abschluss: Was stimmt Sie zuversichtlich?

Der Stellenwert des Festjahres „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ in 2021 zeigt, dass es eine breite Mehrheit in der Zivilgesellschaft gibt, die aktiviert werden kann, um Antisemitismus zu begegnen. Es gibt viel bürgerliches Engagement, das die negativen Seiten wie die antisemitischen Gewalt- und Hetztaten überwiegt. ■



fdp.nrw/liberal.nrw

fdp.fraktion.nrw/liberal.nrw

...oder folgen Sie uns auf Social Media.



Youtube

[Landesverband](#)

[Landtagsfraktion](#)



Facebook

[Landesverband](#)

[Landtagsfraktion](#)



Twitter

[Landesverband](#)

[Landtagsfraktion](#)



Instagram

[Landesverband](#)

[Landtagsfraktion](#)